

## Fall 12: Fahrt zur Schwarzwaldklinik

Originalklausurfall, Bearbeitungszeit 45 Minuten

### Sachverhalt

Fahrer F ist seit 20 Jahren unfallfrei als Busfahrer bei der Busreisen-GmbH (B-GmbH) angestellt. Auf einer Fahrt mit einem Kegelverein zur Schwarzwaldklinik am 11.11.2014 macht F auf der Autobahnraststätte Münsterland eine Pause. Nachdem die Gruppe sich gestärkt hat, übersieht F infolge einer Unachtsamkeit beim Verlassen der Parkbox das von hinten mit hoher Geschwindigkeit (ca. 70 bis 80 km/h) heranfahrende vorfahrtsberechtigzte Fahrzeug des Handelsvertreters H. Dieser kann trotz einer sofortigen Vollbremsung eine Kollision der Fahrzeuge nicht verhindern.

Nach dem Kostenvoranschlag des Sachverständigen S betragen die Reparaturkosten für das Fahrzeug des H 10.000,– € netto. Außerdem wird H durch den Unfall erheblich verletzt, sodass er einen wichtigen Geschäftstermin verpasst, der ihm aufgrund der bereits geführten intensiven und nahezu abgeschlossenen Vertragsverhandlungen mit ziemlich großer Sicherheit eine Provision von 21.000,– € eingebracht hätte. Diese Provision kann H wegen Verärgerung des Geschäftspartners über den geplatzten Termin endgültig nicht mehr erzielen.

1. Prüfen Sie zunächst nur, ob H grundsätzlich („*dem Grunde nach*“) von **Fahrer F** Schadensersatz verlangen kann. Gehen Sie noch *nicht* auf die einzelnen Schäden ein.
2. Prüfen Sie anschließend, ob H dem Grunde nach Schadensersatz von der **B-GmbH** verlangen kann.
3. Gehen Sie unabhängig von Ihrem zu 1. erzielten Ergebnis davon aus, dass H von F dem Grunde nach Schadensersatz verlangen kann. Klären Sie jetzt, welche Schäden H von F ersetzt verlangen kann und in welcher Höhe ein Anspruch besteht bezüglich
  - a) der Reparaturkosten, wenn noch nicht feststeht, ob H das Fahrzeug reparieren lässt,
  - b) der dem H entgangenen Provision.

Hinweis: Es sind nur Vorschriften aus dem BGB zu prüfen!<sup>1</sup>

### Vorbemerkung

In dieser Aufgabenstellung sind einige Probleme enthalten, die bereits im vorhergehenden Fall von Bedeutung waren. Dies mag dazu verleiten, ganz schnell zu

---

<sup>1</sup> Wegen dieses Hinweises sind § 7 StVG (Straßenverkehrsgesetz) und § 18 StVG nicht zu prüfen.

beginnen. Aber Vorsicht: Bitte sehen Sie sich zunächst ganz genau die Fragestellungen an. Sie laufen sonst Gefahr, Fragen zu beantworten, die nicht gestellt sind. Dann wird die zur Verfügung stehende Zeit von 45 Minuten auf keinen Fall ausreichen!

## Lösung

### 1. Aufgabe: Anspruch H gegen F

H könnte dem Grunde nach ein Schadensersatzanspruch gegen F aus § 823 Abs. 1 BGB zustehen.

- a) Dann müsste eine **Handlung** des F vorliegen. Eine Handlung kann ein positives Tun oder ein pflichtwidriges Unterlassen sein. Hier ist F aus der Parkbox gefahren. Darin liegt ein positives Tun.
- b) Durch die Handlung muss es zu einer **Verletzung** eines in § 823 Abs. 1 BGB geschützten **Rechtsguts** oder **Rechts** des H gekommen sein. Hier sind das Rechtsgut Körper und das Eigentumsrecht des H verletzt worden.
- c) Die Verletzungen des H müssen **adäquat kausal** auf der Handlung des F – dem Herausfahren aus der Parkbox – beruhen. Das ist der Fall, weil es nach der Lebenserfahrung nicht ganz und gar unwahrscheinlich ist, dass es beim Ausparken eines Omnibusses auf dem Parkplatz einer Autobahnraststätte zu einem Verkehrsunfall mit den hier eingetretenen Folgen (Körperverletzung, Beschädigung des Eigentums) kommt.
- d) Die Verletzungen müssten **widerrechtlich** sein. Jede Verletzung eines fremden Rechtsguts oder Rechts ist widerrechtlich, es sei denn, es läge ein Rechtfertigungsgrund vor (insbesondere Einwilligung, Notwehr), was hier nicht der Fall ist.
- e) F müsste die Verletzungen vorsätzlich oder fahrlässig herbeigeführt haben. **Vorsätzlich** handelt, wer ein bestimmtes Ergebnis herbeiführen will oder die Herbeiführung zumindest billigend in Kauf nimmt. F ist zwar vorsätzlich aus der Parkbox gefahren, er hatte aber nicht die Absicht, den H zu verletzen und hat die Verletzungen auch nicht billigend in Kauf genommen. F handelte deshalb nicht vorsätzlich. Es könnte aber ein fahrlässiges Verhalten des F vorliegen. Nach § 276 Abs. 2 BGB handelt **fahrlässig**, wer die im Verkehr erforderliche Sorgfalt außer Acht lässt, also nicht beachtet. Diese Voraussetzung ist erfüllt, weil F das Fahrzeug des H infolge einer Unachtsamkeit nicht gesehen hat.
- f) Schließlich muss aus den Verletzungen ein **Schaden** entstanden sein. Ein Schaden ist eine unfreiwillige Vermögenseinbuße, die sich aus einem Vergleich der Vermögenslage vor und nach der Verletzungshandlung ergibt. Vor der Handlung war das Fahrzeug des F in Ordnung, jetzt muss es für 10.000,- € netto repariert werden. Damit ist der Wert seines Vermögens zumindest um diesen Betrag gemindert. Also liegt ein Schaden vor. Ob auch die nicht erzielte Provision

einen Schaden bildet, muss nach der Aufgabenstellung noch nicht entschieden werden.

- g) Der Schaden in Höhe von 10.000,– € muss **adäquat kausal** auf der Beschädigung des Fahrzeuges des H beruhen. Das ist der Fall, weil es nicht ganz und gar unwahrscheinlich ist, dass die Reparatur eines durch einen Bus beschädigten Fahrzeugs einen Aufwand von 10.000,– € netto erfordert.

Da alle Voraussetzungen des § 823 Abs. 1 BGB vorliegen, hat H gegen F dem Grunde nach einen Schadensersatzanspruch.

## 2. Aufgabe: Anspruch H gegen die B-GmbH

H könnte dem Grunde nach ein Schadensersatzanspruch gegen die B-GmbH aus § 831 Abs. 1 BGB zustehen<sup>2</sup>.

- a) Dann muss F **Verrichtungsgehilfe** der B-GmbH sein. Verrichtungsgehilfe ist derjenige, dem von einem anderen (dem „Geschäftsherrn“) in dessen Interesse eine Tätigkeit übertragen worden ist und der von den Weisungen des Geschäftsherrn abhängig ist. F ist als angestellter Busfahrer den Weisungen der Geschäftsführer der B-GmbH unterworfen. Er war hier zu einer Verrichtung, dem Transport der Fahrgäste zur Schwarzwaldklinik, bestellt worden.
- b) F muss einen **anderen widerrechtlich geschädigt** haben. Dies setzt neben dem objektiven Tatbestand des § 823 Abs. 1 BGB die Widerrechtlichkeit und den Schaden voraus. Wie in der ersten Aufgabe geprüft, hat F durch eine Handlung eine Körper- und Eigentumsverletzung des H adäquat kausal herbeigeführt und H dadurch widerrechtlich und adäquat kausal einen Schaden zugefügt.
- c) Die Schädigung muss **in Ausführung der Verrichtung** geschehen sein. Das ist der Fall, wenn ein zeitlicher und sachlicher Zusammenhang zwischen der Schädigung und der übertragenen Verrichtung besteht, nicht hingegen, wenn die Schädigung nur „bei Gelegenheit“ erfolgt. Hier besteht der geforderte Zusammenhang, weil das Herausfahren zu der dem F übertragenen Verrichtung gehört.
- d) Außerdem muss ein **Verschulden** des Geschäftsherrn, hier also des Geschäftsführers der B-GmbH, in Bezug auf die Auswahl oder Überwachung des Verrichtungsgehilfen vorliegen. Dieses Verschulden wird, wie sich aus § 831 Abs. 1 S. 2 BGB ergibt, **vermutet**. Deshalb muss die B-GmbH sich entlasten (exkulpieren). Dafür reicht es nicht aus, dass der F bisher 20 Jahre unfallfrei gefahren ist. Die B-GmbH müsste vielmehr vortragen, dass sie den F sorgfältig ausgewählt **und** seine Fahrleistungen während der Beschäftigungsdauer regelmäßig überwacht hat. Da der Sachverhalt hierzu keine Angaben enthält, bleibt es beim vermuteten Verschulden.

Da alle Voraussetzungen des § 831 Abs. 1 BGB vorliegen, ist die B-GmbH H dem Grunde nach zum Schadensersatz verpflichtet.

<sup>2</sup> Da zwischen der B-GmbH und H vor dem Unfall kein Schuldverhältnis und auch kein vorvertragliches Schuldverhältnis bestand, ist § 280 Abs. 1 BGB im Gegensatz zum Fall 6 hier nicht zu prüfen.

### 3. Aufgabe

Art, Inhalt und Umfang des Schadensersatzanspruchs richten sich bei den hier vorliegenden Anspruchsgrundlagen (§ 823 Abs. 1 BGB, § 831 Abs. 1 BGB) nach §§ 842 ff. BGB und §§ 249 ff. BGB. Einer der in §§ 842 ff. BGB geregelten Fälle liegt hier nicht vor, sodass Art, Inhalt und Umfang der Schäden allein nach §§ 249 ff. BGB zu bestimmen sind.

#### a) Schadensumfang

##### aa) Schaden am Fahrzeug

Nach § 249 Abs. 1 BGB hat H gegen F und die B-GmbH Anspruch auf Wiederherstellung des früheren Zustands, also auf eine Reparatur des Fahrzeuges. Da eine Sache beschädigt wurde, kann H statt der Herstellung gemäß § 249 Abs. 2 S. 1 BGB aber auch den für die Herstellung **erforderlichen Geldbetrag** in Höhe von 10.000,– € zzgl. Umsatzsteuer, im Jahre 2014 also 11.900,– € verlangen. Den Betrag von 10.000,– € bekommt H auch dann, wenn er das Fahrzeug gar nicht oder nur zum Teil reparieren lässt.

Ein Anspruch auf die **Umsatzsteuer** („Mehrwertsteuer“) besteht nach § 249 Abs. 2 S. 2 BGB nur, soweit diese tatsächlich angefallen ist. Lässt H das Fahrzeug (gar) nicht reparieren, bekommt er also (gar) keine Umsatzsteuer. Lässt er es nur teilweise reparieren, erhält er neben dem vollen Nettobetrag von 10.000,– € nur die tatsächlich angefallene Umsatzsteuer.

##### bb) Entgangene Provision

Die entgangene Provision ist nach §§ 249 Abs. 1, 252 BGB zu ersetzen. § 252 S. 1 BGB stellt klar, dass der nach § 249 Abs. 1 BGB zu ersetzende Schaden auch den entgangenen Gewinn, etwa in Form einer entgangenen Provision, umfasst. § 252 S. 2 BGB enthält zugunsten des Geschädigten eine Beweiserleichterung. Zu ersetzen ist der Gewinn, der nach dem gewöhnlichen Lauf der Dinge, insbesondere nach den getroffenen Anstalten und Vorkehrungen, mit Sicherheit erwartet werden konnte. Da H aufgrund der schon geführten intensiven Gespräche mit ziemlich großer Sicherheit die Provision erzielt hätte, ist der Ausfall der Provision in Höhe von 21.000,– € zu ersetzen.

Nach § 115 Abs. 1 Nr. 1 VVG (Versicherungsvertragsgesetz) kann H seine Ansprüche direkt gegen die Kfz-Haftpflichtversicherung der B-GmbH geltend machen.

#### b) Mitverschulden

Problematisch ist für beide Schadenspositionen, dass H an der Verursachung des Unfalls ein Mitverschulden treffen könnte, weil er mit hoher Geschwindigkeit (70 bis 80 km/h) im Bereich eines Autobahnparkplatzes gefahren ist. Eine so hohe Geschwindigkeit auf einem Autobahnparkplatz in der Nähe von Parkboxen stellt ein fahrlässiges und ins Gewicht fallendes Mitverschulden dar und rechtfertigt eine Kürzung der Ansprüche des H. Nach § 254 Abs. 1 BGB kommt es für den Umfang der Kürzung darauf an, ob der Schaden vorwiegend von F oder von H

verursacht worden ist. Den aus der Parkbox fahrenden und vorfahrtpflichtigen F trifft die größere Schuld an der Herbeiführung des Unfalls, doch ist auch die schnelle, nicht der Situation angepasste Fahrweise des H zu berücksichtigen. Danach erscheint eine Mitverschuldensquote von  $\frac{2}{3}$  für F und zu  $\frac{1}{3}$  für H angemessen<sup>3</sup>. Die Ansprüche des H sind mithin jeweils um  $\frac{1}{3}$  zu kürzen. H bekommt deshalb wegen des Sachschadens am Pkw nur  $\frac{2}{3}$  von 10.000,– €, also 6.666,67 € ggf. zuzüglich  $\frac{2}{3}$  einer tatsächlich angefallenen Umsatzsteuer, der entgangene Gewinn ist im Umfang von 14.000,– € zu ersetzen.

---

<sup>3</sup> Andere Quoten sind vertretbar, aber wohl nicht soweit, dass H ein Mitverschulden von mehr als  $\frac{1}{2}$  trifft.